



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

17.03.06

PRESSEMITTEILUNG

Kosten der Unterkunft: Keine Umzugsaufforderungen vor politischer Beratung

Die Fraktionen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der SPD haben sich in einem Gespräch mit der Verwaltung sowie dem „Mieterverein ev.“ und „Mieter und Pächter“ auf einen konkreten Ablauf beim weiteren Verfahren hinsichtlich der Unterkunftskosten für ALG-II-EmpfängerInnen und möglicher Umzugsaufforderungen verständigt. Die ARGE überprüft zurzeit 1.000 Fälle mit Hilfe eines Fragebogens. Die SPD Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern alle Betroffenen ausdrücklich auf mit der ARGE zu kooperieren und die Gespräche zu führen. Im Juni werden durch den Rat soziale Kriterien für die Kosten der Unterkunft festgelegt.

Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN: „ Wir sind mit dem Ergebnis des Gesprächs zufrieden. Denn es ist noch einmal festgehalten worden: Erst werden wir politisch festlegen, welche Kriterien in den Fällen von zu hohen Unterkunftskosten trotzdem für einen Verbleib in der bisherigen Wohnung sprechen können. Erst anschließend wird es dann allerdings für einige Bedarfsgemeinschaften auch Umzugsaufforderungen geben müssen. Aber die wollen wir mit der Festschreibung von Kriterien - wie bereits angekündigt - auf ein notwendiges Minimum begrenzen.“

Die Verwaltung teilte in dem gemeinsamen Gespräch mit, dass im Rahmen einer Bestandsaufnahme zurzeit diejenigen Bedarfsgemeinschaften zu einem verpflichtenden Gespräch eingeladen werden, deren Mietkosten 50 bis 100 Prozent über den Angemessenheitskriterien liegen. Anhand festgelegter Fragestellungen sollen dabei mögliche Gründe für die hohen Mietkosten

abgefragt werden. Die Ergebnisse dieser Befragungen werden dann in Vorlagen für den Sozialausschuss sowie den Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen fließen. Anschließend wird dann der Rat in seiner Sitzung am 8. Juni das Verfahren und die Kriterien beschließen.

Reinhold Giese, sozialpolitischer Sprecher der SPD: „Die Befragung dient dazu, der ARGE, der Verwaltung und letztendlich der Politik klar zu machen, wo mögliche Gründe für erhöhte Kosten liegen können. Diese Gründe werden wir uns gemeinsam mit der Verwaltung und den Interessensvertretungen der MieterInnen genau ansehen und anschließend politisch festlegen, welche Kriterien trotz der erhöhten Kosten eventuell doch gegen einen Wohnungswechsel sprechen.“

Positiv wurde von SPD und GRÜNEN die bisherige zurückhaltende und verantwortungsvolle Linie der Verwaltung beim Umgang mit den Kosten der Unterkunft bewertet. Das betrifft auch die Ankündigung, bei der Berechnung der angemessenen Unterkunfts-kosten die Nebenkosten, soweit wirtschaftlich, zukünftig pauschal zu übernehmen, da sie durch die MieterInnen nur in Teilbereichen zu beeinflussen sind.

Birgit Unger und Reinhold Giese: „Das verabredete Verfahren zu den Kosten der Unterkunft zeigt: Mit uns wird es aufgrund der Mietkosten keine Umzugswelle geben. Dortmund bleibt eine soziale Stadt.“